

**Interview**  
**12. März 2022**

### **Armin Laschet im Gespräch mit Theo Geers**

**Theo Geers:** Es war eine Art Doppelschlag gestern auf EU-Ebene: Zunächst präsentierten sich die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel in Versailles so geschlossen wie lange nicht mehr, dann wurde auch noch ein viertes Paket mit ganz konkreten Sanktionen gegen Russland auf den Weg gebracht. Im Einzelnen: Die EU-Staaten werden mehr für ihre Verteidigung ausgeben, die EU verdoppelt ihre Militärhilfe für die Ukraine auf eine Milliarde Euro, und sie will bis 2027 unabhängig werden von Energieimporten aus Russland. Wichtig ist aber auch, was es nicht geben wird: Die Ukraine bekommt keine Vorzugsbehandlung bei dem von ihr gewünschten EU-Beitritt, und es wird auch kein zweites schuldenfinanziertes Sonderprogramm geben, etwa um die ehrgeizigen Pläne für mehr Europa in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu finanzieren. Am Telefon begrüße ich dazu nun Armin Laschet, ehemaliger CDU-Vorsitzender und Kanzlerkandidat der Union, heute Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Guten Morgen, Herr Laschet!

**Armin Laschet:** Guten Morgen, Herr Geers!

**Geers:** Herr Laschet, wir erreichen Sie im türkischen Antalya, auf dem Antalya Diplomacy Forum, einer Veranstaltung, an deren Rande es vorgestern auch zu diesem denkwürdigen Treffen zwischen den Außenministern der Ukraine und Russlands kam. Deshalb zunächst die Frage: Steht bei Ihnen auf diesem Forum auch der Ukraine-Krieg als gewissermaßen Elefant in jedem Diskussionsforum im Raum?

**Laschet:** Ja, so ist das, das spielt hier eine sehr große Rolle. Die Türkei hat ja eine Mittlerrolle in dem ganzen Prozess übernommen, und hier sind auch viele Staaten der Region vertreten, die schon über die nächsten Folgen auch für sich selbst sprechen. Wir erleben beispielsweise die Sorge, dass Getreide nicht mehr geliefert wird. Das kann in vielen Mittelmeer-Anrainerstaaten, in Algerien, in Marokko, in Tunesien und anderen Ländern, im Libanon, zu inneren Spannungen führen, wenn die Brotpreise erhöht werden – also alles Auswirkungen, die wir in Europa gar nicht unmittelbar im Blick haben, aber die natürlich auch zur Destabilisierung beitragen können. Alle wünschen hier natürlich, dass mit allen diplomatischen Mitteln dieser Krieg bald beendet wird.

**Geers:** Blicken wir auf den EU-Gipfel in Versailles, Herr Laschet. Die EU zieht ja jetzt ganz eigene Schlussfolgerungen aus diesem Krieg, und wenn wir auf den Gipfel schauen, und Sie sind ja ein leidenschaftlicher Europäer, deshalb die Frage an Sie: Zieht die Europäische Union mit ihren gestrigen Beschlüssen die richtigen Lehren aus diesem Krieg und auch der Zeitenwende, die dieser Krieg eingeläutet hat?

**Laschet:** Ich denke schon, denn das ist ein fundamentaler Kurswechsel auch bei der Europäischen Union und bei den Staats- und Regierungschefs. Die haben sich in den letzten Monaten des Jahres sehr eigentlich dem Thema Green Deal gewidmet. Klimaschutz war das große Thema, das alles umspannte, und jetzt ist es plötzlich die Sicherheitspolitik. Wie wir in Deutschland neu diskutieren nach der Zeitenwende, so diskutiert auch ganz Europa, und das Gute ist, man erkennt, das kann man nicht alleine machen, man braucht die anderen. Europa ist stärker, wenn es beispielsweise bei der Verteidigungspolitik seine Ausgaben koordiniert, wenn es sich gemeinsam unabhängig macht, und ich denke, das ist etwas, was

Präsident Putin nicht beabsichtigt hat, aber was er erreicht hat, dass Europa heute geschlossener dasteht als in den letzten Jahren.

**Geers:** Wenn die EU nun beschlossen hat, Herr Laschet, mehr in ihre Verteidigungsfähigkeit zu investieren, ist das auch eine gute Nachricht für Europa, das ja bisher gar nicht in der Lage ist, sich ohne die Amerikaner angemessen verteidigen zu können?

**Laschet:** Ja, so ist das. Man hat das immer in den Texten, seit Maastricht ist von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik die Rede, man hat dann eine europäische Verteidigungspolitik Ende der 90er-Jahre einmal definiert, aber wirklich vorangekommen ist man nicht. Man muss auch wissen, die Europäische Union ist ja kein Militärbündnis, hat auch neutrale Mitgliedsstaaten. Aber dass Sicherheitspolitik Bedeutung hat, dass man sich da verständigen muss, dass man mit einer Stimme sprechen muss, dass man die Mittel haben muss, um auch notfalls Maßnahmen durchzusetzen, das ist heute Konsens auf diesem Gipfel gewesen, und ich glaube, das ist ein guter Schritt.

**Geers:** Sie sagen, wirklich vorangekommen ist man ja in den letzten Jahren nicht, Herr Laschet, auf der anderen Seite gibt es jetzt ja auch die Frage, wenn man mehr für Verteidigung auf europäischer Ebene tun will, wie man das finanziert, das können die Mitgliedsstaaten natürlich für sich tun, aber es gibt ja auch die Idee aus Frankreich, das über einen schuldenfinanzierten zweiten Fonds zu machen, so ähnlich wie beim Wiederaufbaufonds, der zur Bekämpfung der Corona-Pandemie aufgelegt wurde. Bleibt das ein frommer Wunsch der Franzosen, weil zum Beispiel die Deutschen und auch die Niederländer, um zwei Nationen zu nennen, da einfach nicht mitmachen werden?

**Laschet:** Das hat jedenfalls auf diesem Gipfel jetzt noch keine Mehrheit gefunden. Der große gemeinsame Wiederaufbau vor und nach Corona war ja schon, ja, ein Systembruch, weil man etwas für den ganzen Kontinent an Schuldenaufnahme beschlossen hat, was es vorher nicht gab, und ich glaube, davor hat man jetzt zurückgeschreckt. Nur die Folgen dieses Krieges und die wirtschaftlichen Folgen, die wir alle noch gar nicht absehen können, die werden Europa dann erneut vor die Frage stellen, wie ist eigentlich der Zusammenhalt in der Europäischen Union zu gewährleisten. Nur jetzt in Versailles war das noch kein Thema.

**Geers:** Wie ist da Ihre Position, Herr Laschet? Die Union ist ja, was Schuldenaufnahme auf EU-Ebene betrifft, eher immer im Bremserhäuschen.

**Laschet:** Ja, ich glaube, man muss das sehr sorgsam abwägen. Deutschland natürlich als größter Beitragszahler ist da noch einmal besonders verpflichtet, auch darauf zu sehen, wie die Mittel eingesetzt werden. Als die Währungsunion geschaffen wurde, hat man gesagt, es soll keine Schuldenunion werden, und das ist auch im Prinzip richtig. Aber richtig war es auch, nach Corona, wo niemand diese Pandemie zu verschulden hatte – das lag nicht an der Haushaltspolitik der Italiener oder der Spanier oder der Portugiesen, dass sie schwerer durch die Krise gekommen sind –, da europäisch zu helfen, das war richtig. Das ist immer ein schmaler Grat, und Europa, wenn es denn geschlossen bleiben will, natürlich nach dem Krieg, der hoffentlich bald zu Ende geht, für sich selbst überlegen, wie können wir denn unsere Souveränität auch in der Welt auch unabhängig von anderen Großmächten gestalten.

**Geers:** Aber wäre es auch richtig, Herr Laschet, dass Europa dafür ein zweites Schuldenpaket auflegt?

**Laschet:** Ich sehe das zum jetzigen Zeitpunkt als nicht erforderlich. Jedes Land wird jetzt da seine Leistungen erbringen. Europa wird nicht aus der Krise kommen, wenn man immer neue Schuldenpakete beschließt, aber Europa wird aus der Krise kommen, wenn man gemeinsam für Wettbewerbsfähigkeit kämpft, die dann natürlich auch die Staatseinnahmen wieder erhöhen werden.

**Geers:** Blicken wir noch auf das Beitritts-gesuch der Ukraine, Herr Laschet. Man hat sich auf dem Gipfel so ein bisschen aus der Affäre gezogen, indem man gesagt hat, die Ukraine gehöre zur europäischen Familie, aber das klingt nicht nach einem unmittelbaren Ja, ihr könnt bald beitreten. Wäre es nicht auch ehrlicher gewesen zu sagen, ja, wir verstehen euer Beitritts-gesuch, aber mehr ist derzeit einfach nicht drin?

**Laschet:** Ja, das hat man ja verklausuliert so gesagt. Man muss einfach wissen, ein Beitritt zur Europäischen Union, das kann man nicht mal eben aus dem Ärmel machen, dazu muss das gesamte Recht eines Landes auf das europäische Recht vorbereitet werden. Alle die Vorschriften, die wir heute im gemeinsamen Binnenmarkt haben, auch in Deutschland, abgestimmt mit allen anderen Ländern, die muss dann ein neues Beitrittsland auch übernehmen, muss sie umsetzen können, muss Verwaltungen haben, die sich am europäischen Recht orientieren. Das hat bei keinem Land schnell funktioniert, und insofern ist es richtig, der Ukraine zu sagen, es gibt eine Perspektive, ihr gehört zu Europa, aber einen schnellen Beitritt kann niemand seriöserweise versprechen. Er würde in diesem Krieg im Moment übrigens auch nicht helfen. Wenn man einen Beitritt in drei, vier, fünf Jahren verspricht, ändert das nichts an der prekären, an der katastrophalen Situation, in der die Ukraine im Moment ist. Man muss noch ein Zweites bedenken, das haben auch die Staats- und Regierungschefs gemacht: Europa muss ja auch noch handlungsfähig bleiben, und wir merken schon, wie ja der Konsens zwischen den 27 Mitgliedsstaaten bei Einstimmigkeit auf manchen Gebieten oft zur Handlungsunfähigkeit führt – die Konflikte mit Polen, mit Ungarn, die wir im Moment erleben. Da muss die Europäische Union selbst erst sich reformieren und handlungsfähig werden, ehe sie überhaupt neue Mitglieder aufnehmen kann.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*